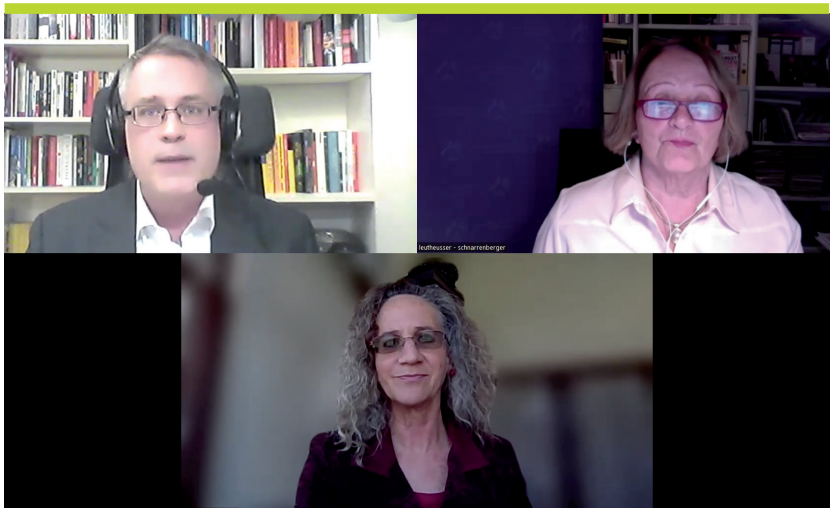
Kurzbericht

Forum Frauenkirche Online, Februar 2022

Gesellschaftlicher Polarisierung aktiv begegnen: Mit Dialog und klarer Kante?

Michèle Roth

Wenn Gesellschaften in den Sog einer immer stärker werdenden Polarisierung geraten, droht eine Spaltung bis hin zu gewaltsamen Auseinandersetzungen. Doch weltweit gibt es auch einen großen Erfahrungsschatz, wie das Auseinanderdriften von Gesellschaften verhindert werden kann. Hier setzte das Forum Frauenkirche Online am 10. Februar 2022 an. Es zielte darauf, Strategien zu identifizieren, um gesellschaftlicher Polarisierung aktiv entgegenzuwirken. Was können Politik und Gesellschaft tun, um Gräben zu überwinden und Vertrauen aufzubauen? Welche Optionen gibt es, wenn Dialog (scheinbar) nicht mehr möglich ist? Darüber diskutierten die ehemalige Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger und Lena Slachmuijlder von Search for Common Ground auf Einladung der Stiftung Entwicklung und Frieden, Bonn, der Stiftung Frauenkirche Dresden und der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung. Geleitet wurde das Gespräch von Rundfunk-Moderator Bastian Wierzioch aus Leipzig.



Bastian Wierzioch (Moderation), Sabine Leutheusser-Schnarrenberger und Lena Slachmuijlder (im Uhrzeigersinn)

Pandemie und soziale Medien als Treiber der Polarisierung

Beide Referentinnen bekräftigten zum Auftakt des Gesprächs die Beobachtung einer zunehmenden gesellschaftlichen Polarisierung, in Deutschland und weltweit. Sabine Leutheusser-Schnarrenberger ergänzte, dass sich die Polarisierung nicht nur im Diskurs, sondern zunehmend auch in Verhaltensweisen und bei Protesten auf den Straßen zeige. Die Pandemie sei nicht die Ursache dafür, aber ein wichtiger Treiber. Ein weiterer Beschleuniger seien die sozialen Medien, die eine Verrohung der Sprache beförderten und eine große Reichweite ermöglichten. Problematisch seien beispielsweise gruppenbezogene Beleidigungen, die nichts mit einer zugespitzten Sachdiskussion zu tun hätten.

Leutheusser-Schnarrenberger warnte zugleich davor, pauschal über Menschen zu urteilen, die gegen Corona-Maßnahmen protestieren. Deren Beweggründe seien sehr unterschiedlich. Es bestehe die Gefahr, dass Menschen mit begründeten Sorgen in die Arme derjenigen getrieben würden, deren Ziel es sei, die Demokratie zu untergraben.

Ohnmachts-Empfinden und Komplexität als Ursache

Lena Slachmuijlder bestätigte diese Gefahr auf der Grundlage ihrer jahrzehntelangen Erfahrung in unterschiedlichen Regionen der Welt. Das Gefühl, dass die eigenen Sorgen von Politik und Gesellschaft nicht ernst genommen werden und scheinbar keine Perspektive besteht, an der eigenen Situation

etwas ändern zu können, mache Menschen weltweit anfällig für Verführung und Missbrauch. Soziale Medien mit ihren Informationsblasen könnten Feindbilder verstärken, indem Angst geschürt und die Position, selbst im Recht zu sein, immer wieder bekräftigt wird. Daraus könne ein Narrativ entstehen, das Gewalt als die einzige Möglichkeit rechtfertige, den eigenen Interessen Gehör zu verschaffen.

Als weitere Ursache verwies Leutheusser-Schnarrenberger auf die gestiegene Komplexität der heutigen politischen Herausforderungen, die schwer zu durchdringen seien und deren Lösung oft nur noch auf europäischer oder globaler Ebene möglich sei. Das gelte etwa für die wichtigen Themen Klimawandel und Flucht sowie aktuell auch für die Pandemie. Dabei driften Gesellschaften nicht nur horizontal auseinander, vielfach zeigt sich auch eine Entfremdung zwischen der politischen Ebene und den Bürger*innen. Darauf zielte eine Frage aus dem Publikum, die die Qualifizierung vieler Politiker*innen in Zweifel zog. Leutheusser-Schnarrenberger erwiderte, dass die Glaubwürdigkeit von Politiker*innen nicht nur von Sachwissen abhänge, das nicht in jedem Bereich gleich ausgeprägt sein könne, sondern vor allem von der Fähigkeit zur Kommunikation und der Stetigkeit in der Argumentation.

Eine weitere Wortmeldung aus dem Publikum verwies auf den Kolonialismus als Querschnittsproblem mit hohem Spaltungspotenzial. Viele Abwertungsideologien und demokratiefeindliche Tendenzen hätten dort ihren Ursprung. Leutheusser-Schnarrenberger stimmte zu, dass sich oft „koloniale“ Geisteshaltungen zeigten, ohne dass diese

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger

als solche bezeichnet würden. Dieses anspruchsvolle Thema müsse stärker in die öffentliche Debatte integriert werden und dürfe nicht nur in wissenschaftlichen Diskursen präsent sein.

Wege aus der Polarisierungs-Spirale

In einer konfrontativ zugespitzten Situation gehen gegenseitige Empathie und die Fähigkeit, andere nicht nur als Gegner, sondern als Menschen mit eigenen Ängsten und Bedürfnissen zu sehen, leicht

Forum Frauenkirche: Lena Slachmuijlder

verloren. Search for Common Ground arbeitet in solchen Fällen in drei Schritten, wie Slachmuijlder am Beispiel des Konflikts zwischen syrischen Geflüchteten im Libanon und der einheimischen Bevölkerung erläuterte. In einem ersten Schritt gehe es um eine „Humanisierung“. Dazu müssten Möglichkeiten geschaffen werden, dass sich die Menschen gegenseitig jenseits von Stereotypen erkennen, z.B. beim gemeinsamen Fußballspielen. Es wäre naiv, zwei Menschen, die Gewalt erlebt haben, einander gegenüberzusetzen und zu erwarten, dass sie sich versöhnen. Die Menschen müssten schrittweise befähigt werden, die Menschlichkeit in den „Anderen“ wieder zu erkennen. Im zweiten Schritt müssten die Menschen mobilisiert werden, um gemeinschaftlich an Problemlösungen zu arbeiten. Und schließlich müssten diese Antworten systematisiert werden, damit künftige Konflikte auf ähnliche Weise gelöst werden können. Dabei gehe es nicht darum, in allen Punkten Einigkeit zu erzielen; das sei ein Mythos. Schließlich sollten Menschen ihre eigene Identität bewahren, aber Wege der Zusammenarbeit erkennen, so Slachmuijlder. Methodisch setze Search for Common Ground auf Dialog, Medienarbeit und gemeinschaftliche Aktivitäten. Für sie als Außenstehende gehe es zunächst darum zuzuhören, die Konflikte zu verstehen und Verbündete zu finden, die die einzelnen Gruppen und die unterschiedlichen Seiten des Konflikts kennen.

Leutheusser-Schnarrenberger zeigte sich von der Grundidee, Begegnung zu ermöglichen und gemeinsame Interessen zu identifizieren, überzeugt.

Gerade in Kommunen sei es wichtig, Begegnungs- und Gesprächsangebote zu schaffen, um zu einem friedlichen Austausch zu kommen – aktuell etwa mit den sogenannten „Spaziergängern“, statt sich konfrontativ gegenüberzustehen.

Und wenn die Bereitschaft zum Dialog fehlt?

Schwierig werde es, wenn die Bereitschaft zum Gespräch und auch zur Anerkennung gewisser Spielregeln fehlt, so Leutheusser-Schnarrenberger weiter. Dann könne schon das Zuhören zum Problem werden, wenn das Gegenüber nur beschimpfen und bewusst den Konflikt schüren möchte. Hier müssten sich auch Bürger*innen, die ihren legitimen Protest etwa gegen die Corona-Maßnahmen

Eindrücke aus der Arbeit von Search for Common Ground im Libanon

zum Ausdruck bringen wollen, bewusstwerden, dass die Grenzen dessen, was in einer Demokratie angebracht sei, rasch überschritten werden können.

Umso wichtiger sei es, diejenigen anzusprechen, die ein echtes Anliegen und Interesse an einer Problemlösung haben, und sie von denen wegzubringen, die die Unzufriedenheit nur nutzen wollen, um ihre eigenen, oft antidemokratischen Ziele zu verfolgen. Boykotteure gebe es überall, ergänzte Slachmuijlder. Niemand höre sich gerne an, dass er oder sie falsch liege und die eigene Position verändern solle. Wenn wir mit einer Person in einen Austausch kommen wollen, deren Sichtweise wir für gefährlich halten, sei es deshalb unsere Pflicht, diese Person nicht nur auf diese eine Sichtweise zu reduzieren. Slachmuijlder warnte davor, in solchen Situationen Meinungsverschiedenheiten direkt angehen zu wollen. Das führe nur dazu, Menschen in immer extremere Positionen zu drängen. Helfen könne in solchen Situationen, das Konfliktthema zunächst zu umgehen und auf einer anderen Ebene eine gemeinsame Identität zu entdecken, z.B. als Alleinerziehende oder Sportbegeisterte.

Mehr gesellschaftliche Beteiligung und Engagement

Ein Teilnehmer brachte ein weiteres Dilemma zur Sprache. Demokratie könne nur repräsentativ funktionieren; viele Menschen fühlten sich aber nicht repräsentiert. Er fragte, ob ein Lösungsansatz in einer stärkeren Nutzung von Bürgerräten liegen könnte. Leutheusser-Schnarrenberger verwies zunächst darauf, dass auch Bürgerräte nur eine Teilrepräsentanz darstellen würden. Sie sah darin aber eine gute Ergänzung, vor allem auf lokaler Ebene, da sie den Bürger*innen Raum biete, eigene Vorschläge einzubringen. Notwendig sei allerdings eine gewisse Verbindlichkeit, dass sich die Politik mit den dort erarbeiteten Vorschlägen auch ernsthaft befasse. Ein in Bayern gut funktionierendes Instrument der Beteiligung seien Bürgerinitiativen. Auch Slachmuijlder betonte die Chancen von Instrumenten wie Bürgerversammlungen, die, ähnlich wie die Geschworenenpflicht in den USA, zu einer erwarteten Bürgerpflicht werden. Sie ermutigte die Teilnehmenden, verschiedene Wege zu erkunden, um die Menschen einzubinden, wie z.B. Theater oder andere Formate, die die Teilnahme spielerisch gestalten, um Anreize für eine Problemlösungskultur zu schaffen.

Die Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts ist nicht nur Aufgabe der Politik. Das zeigte eine weitere Wortmeldung aus dem Publikum, die dazu aufrief, die Bürger*innen stärker in die Pflicht zu nehmen, zum Beispiel bei der Integration Geflüchteter. Jede und jeder Einzelne könne mehr für die Gesellschaft tun, pflichtete Leutheusser-Schnarrenberger bei. Und Slachmuijlder ergänzte, dass die Medien und die Kirchen mit ihrer großen Reichweite dabei eine wichtige Rolle der Vermittlung, Verständigung und Vertrauensbildung übernehmen können, solange sie die Menschen nicht in eine einzige Identität pressen, sondern all ihre Identitäten zur Entfaltung bringen.

Impressum

Die Stiftung Entwicklung und Frieden (sef:) wurde 1986 auf Initiative von Willy Brandt gegründet. Als überparteiliche und gemeinnützige Stiftung bietet sie ein hochrangiges internationales Forum für das gemeinsame Nachdenken über drängende Fragen von Frieden und Entwicklung.

Die Berichte zu den Konferenzen und Veranstaltungen der sef: informieren in kompakter Form über die Diskussionen und Ergebnisse.

Herausgeberin
Stiftung Entwicklung und Frieden (sef:)
Dechenstr. 2 : D-53115 Bonn
Tel. 0228 959 25-0 : Fax 0228 959 25-99
sef@sef-bonn.org : @sefbonn
www.sef-bonn.org

Redaktion
Ingo Nordmann

Design Basiskonzept
Pitch Black Graphic Design
Berlin/Rotterdam

Gestaltung
Gerhard Süß-Jung

Die Inhalte geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeberin wieder.

© sef: 2022